

Krisengerüchte im Parlament.**Berufungen von Parlamentariern zum Kaiser.**

Wien, 10. Oktober.

In parlamentarischen Kreisen besteht heute der Eindruck, daß sich die Anzeichen einer bevorstehenden Kabinettskrise bereits bemerkbar machen. Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat heute die Parteiführer ersucht, sie mögen sich in den nächsten Tagen in Wien aufhalten, da Berufungen zum Kaiser zu erwarten seien. Der Ministerpräsident hat ferner mit einer Reihe von Führern der parlamentarischen Parteien im Laufe des Vormittags konferiert. Die politischen Empfänge werden nachmittag fortgesetzt.

Unmittelbar nach den vormittägigen Besprechungen verlautete in den parlamentarischen Kreisen auf das Bestimmteste, daß die angekündigte Neuordnung in Oesterreich schon jetzt vorbereitet werden soll und daß im Zusammenhange damit in der allernächsten Zeit mit einschneidenden Veränderungen, die auch die Regierung betreffen, gerechnet werden müsse.

Im weiteren Zusammenhange mit diesen Meldungen tauchte wieder das Gerücht von einer Berufung des Herrenhausmitgliedes Hofrat Dr. Lammach zum Ministerpräsidenten auf. Es wurde, wie in der letzten Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß Hofrat Dr. Lammach an die Spitze eines sogenannten Friedenskabinetts treten soll.

Von führender deutscher parlamentarischer Seite wird dazu bemerkt, daß ein Ministerium Lammach bei den deutschen Parteien Widerstand begegnen würde, weil seine Ansichten speziell über die auswärtige Politik der Monarchie sich mit den Anschauungen der deutschen Parteien niemals in Einklang bringen ließen. Im Zusammenhange mit diesem Gerüchte wurden heute auch bereits andere Namen genannt.

Es wird auf die heutige Audienz des Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca hingewiesen, der man in parlamentarischen Kreisen Bedeutung beimißt. Auch vom Grafen Silva-Tarouca verlautet, daß er ein Programm für die künftige Neugestaltung Oesterreichs ausgearbeitet habe, das auf dem Selbstbestimmungsrechte aller Nationen fußt und für dessen Durchführung ein aus Vertretern sämtlicher Nationen zusammengesetztes Koalitionsministerium zu sorgen hätte.

In unterrichteten politischen Kreisen wird betont, daß von einer formellen Kabinettskrise noch nicht gesprochen werden könne, obwohl ja ein Wechsel im Ministerium für die nächste Zeit zu erwarten sei. Vorkäufig handle es sich um die Klärung der weit auseinandergehenden Ansichten über die Frage der Selbstbestimmung. Diesem Zwecke gelten auch die Berufungen von Politikern zum Kaiser, wie sie ja auch in Ungarn erfolgt seien.